



NIEDERSCHRIFT

über die 31. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 19.02.2013,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:02



Anwesenheitsliste

SPD

Rudolf Boesche

Dr. Maximilian Ingenthron

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Rudi Eichhorn

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Vertreter f. Fr. Berger

Peter Lerch

Rolf Morio

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

FDP

Jochen Silbernagel

UBFL

Bertram Marquardt

abwesend ab Top 1 nö.S.

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister



Thomas Hirsch

Beigeordnete/r

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

Michael Götz

Stefan Joritz

Christoph Kamplade

Martin Messemer

Michael Niedermeier

Stefan Pfirmann

Schriftführerin

Stefanie Schuster

Entschuldigt

CDU

Heidi Berger

Vertreter H. Kautzmann



Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte der Vorsitzende fest, dass die Sitzungsvorlage zu Tagesordnungspunkt 8 der nichtöffentlichen Sitzung „Verkauf von Baugrundstücken im Baugebiet Landau-Godramstein G24“ und die Sitzungsvorlage zu Tagesordnungspunkt 11 der nichtöffentlichen Sitzung „Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“ Grundstücksverkaufspreise für unbebaute Grundstücke innerhalb des Wohnparks Am Ebenberg – Grundsätzliche Vorgehensweise/Strategie“ den Fraktionsvorsitzenden am 18. Februar 2013 zugestellt wurde.

<

Der Tagesordnungspunkt 9 der nichtöffentlichen Sitzung „Bebauungsplan GS 4 – II. Teiländerung Umwandlung Friedhofsflächen, Satzungsbeschluss (Gebiet in der Gemarkung Godramstein)“ und Tagesordnungspunkt 8 der nichtöffentlichen Sitzung „Verkauf von Baugrundstücken im Baugebiet Landau-Godramstein „GS4“ müssen getauscht werden, da der Bebauungsplan vor dem Verkauf von Grundstücken behandelt werden muss.

Ratsmitglied Marquardt beantragte, dass Tagesordnungspunkt 11 der nichtöffentlichen Sitzung „Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“; Grundstücksverkaufspreise für unbebaute Grundstücke innerhalb des Wohnparks Am Ebenberg – Grundsätzliche Vorgehensweise/Strategie“ auf die nächste Sitzung verschoben wird, da er die Vorlage erst am heutigen Morgen im Briefkasten fand.

Der Vorsitzende erklärte hierzu, dass die Vorlage am Montag ausgefahren wurde.

Der Antrag wurde mit 1 Ja-, 1 Gegenstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Vitalisierung der Innenstadt;
 - Fortführungsantrag auf finanzielle Unterstützung des Gemeinschaftsprojektes „City Gutscheine“.
 - Antrag der Aktiven Unternehmer für Landau (AKU) auf einen Zuschuss in Höhe von 7.500 € für Weihnachtsbeleuchtung.
Vorlage: 200/107/2013
3. Verfahren im Bürgergraben
Vorlage: 820/094/2013
4. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Thoms brachte vor, dass nach § 110 der Gemeindeordnung die Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes im Anschluss an die Unterrichtung des Stadtrates an sieben Werktagen öffentlich auszulegen sei. Der Stadtrat wurde am 04. Dezember 2012 unterrichtet, die Auslegung fand jedoch erst am 13. Februar 2013 statt. Er möchte wissen, welche Begründung es gibt, dass die Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes so spät ausgelegt wurde und ob es richtig sei, dass der Landesrechnungshof die öffentliche Auslegung angemahnt habe.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass der Prüfungsbericht in der öffentlichen Sitzung des Stadtrates behandelt wurde und somit auch im Internet eingestellt und ersichtlich war.

Frau Baumstark, Hauptamt, informierte, dass ein Schreiben des Rechnungshofes sich mit einem Antwortschreiben des Oberbürgermeisters, in welchem die Daten der öffentlichen Auslegung mitgeteilt wurden, überschritten habe.

Da das Zimmer 209 etwas abgelegen sei und es störend für die Mitarbeiter wäre, regte Herr Thoms an, solche Auslegungen im Bürgerbüro und parallel im Internet zu veröffentlichen. Auch wollte er sich Kopien von dem Prüfungsbericht erstellen lassen, welche ihm verweigert wurden. Eine Mitarbeiterin teilte ihm mit, dass Einsichtnahme bedeuten würde, dass man sich Notizen, jedoch keine Kopien machen darf. Im Informationsfreiheitsgesetz sei ganz klar definiert, dass Einsichtnahme Notizen und bei Wunsch Kopien bedeute. Ein Mitarbeiter des Hauptamtes habe ihm sein Recht auf Kopien bestätigt. Das Problem sei jetzt nur, dass jahrelang die Menschen, welche Einsicht haben wollten, fehlerhaft informiert wurden. Er bat darum, eine verwaltungsübergreifende einvernehmliche Regelung zur Einsichtnahme zu treffen.

Der Vorsitzende wird die Anregung überprüfen lassen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Vitalisierung der Innenstadt;

- **Fortführungsantrag auf finanzielle Unterstützung des Gemeinschaftsprojektes „City Gutschein“.**
- **Antrag der Aktiven Unternehmer für Landau (AKU) auf einen Zuschuss in Höhe von 7.500 € für Weihnachtsbeleuchtung.**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschafts-förderung vom 05. Februar 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Im letzten Jahr wurde beschlossen, dass der City-Gutschein im Haushaltsjahr 2013 letztmals bezuschusst werden soll. Aus diesem Grund empfahl er und bat darum, den Zuschuss nochmals zu bewilligen. Einen Zuschuss für die Weihnachtsbeleuchtung kann, vor dem Hintergrund der finanziellen Lage, nicht in Aussicht gestellt werden. Bei dieser Gelegenheit dankte er Frau Schlösser und dem AKU, welcher in mühevoller Arbeit für die Vertretung der Interessen des Einzelhandels gekämpft habe.

Ratsmitglied Schröer wies auf die Stellungnahme der ADD zum Haushalt hin. Hier wurde ein strengeres Umgehen mit freiwilligen Leistungen gefordert. Sie wollte wissen, ob die ADD diese Ausgaben erlauben wird und ob es Folgen für den kommunalen Entschuldungsfonds hat. Nach guter Abwägung kam die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen zu dem Schluss, nochmals ihre Zustimmung zu erteilen. Sie mahnen jedoch eine gewisse Betriebsblindheit an.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron stimmt der finanziellen Unterstützung zu. Bei der Weihnachtsbeleuchtung teilen sie die Auffassung der Verwaltung.

Ratsmitglied Morio stimmt ebenfalls der Vorlage in Punkt 1 zu. Zur Weihnachtsbeleuchtung möchte er wissen, ob der Verwaltung bekannt sei, wie teuer der Ausbau der Weihnachtsbeleuchtung in der Ostbahnstraße kommen wird und wie sich AKU verhalten wird, wenn kein Zuschuss der Stadt gewährt wird.

Herr Messemer, Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung, geht davon aus, dass AKU dann auf Sponsorensuche geht. Sie werden so weit wie möglich versuchen, AKU zu unterstützen.

Ratsmitglied Freiermuth ist der Meinung, dass die Bezuschussung in diesem Jahr nochmals Sinn mache. Sie stimmen der Vorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel hält den Citygutschein für ein gutes Marketinginstrument. Es war als Anschubfinanzierung gedacht. Gegenüber den Vorjahren wurde die Unterstützung gekürzt. Die FDP-Stadtratsfraktion sieht den Zuschuss als notwendig an. Sie stimmen der Vorlage zu.

Zu dem Begriff Vitalisierung stellen Bürger, mit denen sich Ratsmitglied Marquardt unterhalten habe, eine lebendige Innenstadt so vor, wo jeder unabhängig vom Geldbeutel willkommen sei. Soziale Projekte werden seiner Meinung nach stets gekürzt und der Kommerz werde in jeder erdenklichen Weise unterstützt. Bei Grundstücksveräußerungen würde man die Gewerbetreibenden durch die günstigen Grundstückspreise ausreichend unterstützen.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt beschließt der Hauptausschuss mit 14. Ja- und 1 Gegenstimme:

1. Für das Haushaltsjahr 2013 eine weitere und letzte finanzielle Unterstützung im Rahmen der Einführung des City-Gutscheins in Höhe von 7.500 €. Ab dem Jahr 2014 wird kein Zuschuss mehr gewährt.



2. Ein Zuschuss für die Weihnachtsbeleuchtung wird vor dem Hintergrund der finanziellen Lage der Stadt Landau nicht in Aussicht gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Verfahren im Bürgergraben

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 31. Januar 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Er machte die Mitglieder darauf aufmerksam, dass im April 2013 mit der Vermarktung begonnen werden muss. Der letzte Bewohner ziehe in diesem Monat noch um. Bei den Grundstücken handelt es sich um ein Filetstück in zentraler Lage. Aus diesem Grund belaufen sich die Grundstückspreise auf 300,- €/qm. Sollten die 180 Interessenten bleiben, so wird die Vergabe der Grundstücke in einer öffentlichen Auslosung durchgeführt. Die Presse wird hierzu ebenfalls eingeladen. Die Straßenbauabteilung wird beauftragt, die notwendige Erschließung vorzubereiten. Die vorhandenen Wege können nur bedingt belassen werden. Die Erträge aus den Grundstücksverkäufen fließen in den Bereich der Modernisierung des städtischen Wohngebäudes in der Cornichonstraße. Es sei eine wichtige Maßnahme, um ein attraktives innerstädtisches Gebiet deutlich aufzuwerten.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron hält die Vorlage für transparent. Punkt 6 des Beschlussvorschlages hält er für sehr wichtig. Die Zweckbindung sei hervorragend. Die SPD-Stadtratsfraktion stimmt der Vorlage zu.

Ratsmitglied Eichhorn begrüßte die ausführliche Sitzungsvorlage. Die CDU-Stadtratsfraktion wird der Vorlage zustimmen. Er regte an, bei einer Relation von 10 Bauplätzen und 180 Bewerbern, pro Bewerber nur einen Bauplatz zu reservieren.

Herr Götz, Gebäudemanagement, erklärte, dass die Bewerbung auf 2 Plätze begrenzt sei. Sollte bei dem Losverfahren ein Bewerber für beide Plätze gezogen werden, müsse er sich für einen Bauplatz entscheiden. Jeder Bewerber könne nur einen Bauplatz erwerben.

Ratsmitglied Freiermuth möchte wissen, inwieweit man Bezug auf das im Bauausschuss vorgestellte Baumodell Bezug nehmen könne. Ihm gehe es darum, dass bei Erwerb eines Grundstückes die Möglichkeit einer Weiterveräußerung bzw. Spekulation ausgeschlossen werde.

Hierzu erklärte Herr Götz, Gebäudemanagement, dass bei den Kauverhandlungen festgelegt werde, dass innerhalb von 5 Jahren die Bebauung stattfinden muss.

Der Vorsitzende wird diese Sicherung in die Verträge einbauen lassen.

Die FWG-Stadtratsfraktion stimmte der Vorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel hält die Sitzungsvorlage für sehr schlüssig. Jedoch sei aufgrund der Finanzsituation zu überlegen, ob man hier nicht ein Bieterverfahren in die Wege leiten sollte, um den größtmöglichen Gewinn zu erzielen.

Der Vorsitzende sprach sich dagegen aus. Hier kämen dann nur die Leute zu Zuge, die sich solche Preise leisten können. Sie halten sich an die Bodenrichtpreise. Dies sei ein realistischer Wert. Bei einem Betrag von 300,- €/qm liege man bei einem oberen Wert. Er bat darum, den bisherigen Wert zu belassen und damit auch ein deutliches Signal zu setzen. Der Stadtrat lege die Preise fest und dies so sozial wie möglich.

Ratsmitglied Marquardt vertritt die Meinung dass genügend Bauplätze im Estienne-et-Foch-Gelände vorhanden sind. Die grüne Lunge Landaus sollte nicht reduziert werden und man sollte die ansässigen Bürger dort belassen. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimmt der Vorlage nicht zu.



Ratsmitglied Schröer wies darauf hin, dass die energetische Sanierung bereits eingeplant war und kann nun die Argumentation nicht verstehen. Zum Baubestand möchte sie wissen, ob ein Bestandsschutz besteht und ob die Eigentümer diese pflegen müssen und nicht einfach fällen können. Sie hält das Verfahren sowie die Auswahl für gut. Jedoch haben sie sich gegen die Vorlage entschieden.

Herr Götz wies darauf hin, dass die Erschließungsarbeiten von 670.000,- € derzeit nicht finanziert werden können. Um keine Kreditaufnahme tätigen zu müssen, möchten sie jetzt in die Vermarktung gehen.

Im Wirtschaftsplan habe man die extreme Modernisierung des Wohnhausbesitzes in der Cornichonstraße, den 1. Bauabschnitt – Außensanierung -, komplett eingepackt. Auch für die Finanzplanung wurden Werte für die Außensanierung eingestellt. Jedoch nur so lange das Geld des Wohnhausbesitzes reicht. Da dieses mit der Außensanierung zu Ende geht, werden zur Weiterführung Gelder benötigt. Wenn das Finanzierungsdarlehen nicht gewährt wird, müsste er einen Kredit aufnehmen.

Zum Bestandsschutz der Bäume informierte Herr Kamplade, dass jeder Baum bewertet und die Aspekte Baumschutz berücksichtigt wurden. Zu erhalten sind 6 Bäume, welche im Bebauungsplan festgeschrieben wurden.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, beschließt der Hauptausschuss mit 13 Ja- und 2 Gegenstimmen:

1. Mit der Vermarktung der Grundstücke im Bürgergraben auf der Grundlage des Offenlageentwurfs C33 „Am Bürgergraben“ soll bereits im April 2013 begonnen werden.
2. Als Grundstückspreis für die zur Verfügung stehenden Grundstücke werden in Anlehnung an die umliegenden Bodenrichtwerte sowie die Lage des Gebietes 300,- EURO pro Quadratmeter Baugrundstücksfläche (inkl. Erschließungskosten) festgesetzt.
3. Das Gebäudemanagement Landau wird beauftragt, die Vergabe der entstehenden Grundstücke nach dem in der nachfolgenden Begründung ausgeführten Verfahren vorzunehmen.
4. Die Straßenbauabteilung des Stadtbauamtes wird damit beauftragt, die notwendige Erschließung bis zum Ende des Jahres herzustellen und die hierfür erforderlichen Baumfällungsarbeiten bis Ende Februar 2013 durchzuführen.
5. Die für die weitere Bauleitplanung sowie die Erschließungsmaßnahmen erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 670.000 EURO werden beim Gebäudemanagement Landau außerplanmäßig bereit gestellt. Mit Ausnahme der Baumfällungen stehen die weiteren Arbeiten unter Nr. 4 unter dem Vorbehalt, dass eine Finanzierung ohne Kreditaufnahme möglich ist.
6. Die aus dieser Maßnahme zu erwartenden Überschüsse sind in der Sparte „Wohnhausbesitz“ des Gebäudemanagements zur weiteren Sanierung der städtischen Wohnungen zu verwenden.

Der Werksausschuss des Gebäudemanagements nimmt den Beschluss des Hauptausschusses zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte:

- Die Bundestageswahl findet am 22. September 2013 statt.

- Die Eröffnung der Wirtschaftswoche ist am 02. März 2013 um 11.00 Uhr. Die Einladung wird den Ratsmitgliedern noch zugehen.

- Ratsmitglied Silbernagel berichtet über den Artikel „Schornsteinfeger“ in der Ausgabe der Wirtschaftswoche. Hierin steht, dass Landau die erste deutsche Stadt sei, welche das Ende des Schornsteinfegermonopols für sich nutze. Durch die Vergabe werden ca. ein Fünftel der Kosten eingespart. Seiner Meinung nach, war das eine mutige Entscheidung. Die FDP-Stadtratsfraktion begrüßt die Entscheidung.

- Es muss ein stadtbildprägender Baum gefällt werden. Hierbei handelt es sich um eine 100 Jahre alte Rotbuche mit Pilzbefall. Aus Verkehrssicherheitsgründen muss eine Fällung vorgenommen werden.

- Ratsmitglied Marquardt möchte wissen, inwieweit es Sinn macht, wenn zu seismischen Messungen eine Infoveranstaltung stattfindet, wo auf Bundesebene dieses Verfahren strittig sei.

Der Vorsitzende erklärte, dass die Begründung der Ablehnung nachvollziehbar sein muss. Sie haben im Sommer das Verfahren abgelehnt, wurden jedoch auf das Bergrecht hingewiesen. Im Stadtvorstand wurde einstimmig beschlossen, dass dies im breiten parlamentarischen Einvernehmen geregelt werden soll. Das Angebot der Informationsveranstaltung für alle betroffenen Stadtteile wurde nur schlecht angenommen. Dann habe man beschlossen, eine Sitzungsvorlage in alle Ortsbeiräte einzubringen. Danach werde gewichtet und dem Stadtrat zum Beschluss vorgelegt.

Ratsmitglied Thiel informierte über die Veranstaltung in Nußdorf. Hier wurde deutlich herausgestellt, dass es nicht um Fracking gehe.

Dieses wurde von Ratsmitglied Boesche bestätigt. Es waren 3 Firmen vor Ort und es wurde zugesichert, dass Fracking nicht zustande kommen wird. Bei der Feldwegebegehung werden 3 bis 4 Ortsbeiratsmitglieder anwesend sei.

Ratsmitglied Schröer möchte abschließend noch wissen, ob sichergestellt sei, dass keine Spannungen durch das Rütteln hervorgerufen werden.

Ratsmitglied Thiel wies darauf hin, dass die Rüttler alle 12 Sekunden die Frequenz wechseln. Dadurch entstehen keine Spannungen.

- Ratsmitglied Dr. Ingenthron wies darauf hin, dass man durch den Umbau des Busbahnhofes nicht in die Maximilianstraße einbiegen kann, wenn man mit dem Pkw von Norden her kommt. Man muss einen Umweg über die Gabelsbergerstraße machen, was sehr aufwendig sei. Auf Dauer sollte eine sinnvollere Lösung gefunden werden.



Herr Kamplade wird die Information an Herrn Bernhard von der Straßenbauabteilung weiterleiten.



Die Niederschrift über die 31. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 19. Februar 2013 umfasst 20 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 61.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Stefanie Schuster
Schriftführerin

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete